

Sechs argumentative Tricks der Bremer RegierungspolitikerInnen zur Legitimierung der Kürzungen in der Jugendförderung - Wer die Schuldenbremse im Kopf hat, entwickelt ein neoliberales "Wording".

Erster TRICK: Moderne Jugendarbeit bräuchte angeblich keine eigenen Räume mehr; SPD, Grüne und CDU fordern nun ganz modern als "Meeting-Point" freies W-LAN für Alle. Die Wirtschaft bietet profitorientiert ihre Konsumtempel/Shopping Malls oder das Sponsoring an. („Aufsuchend“ soll die Jugendarbeit werden, irgendwo auf öffentlichen Plätzen oder in vorübergehend leer stehenden Immobilien) Die Street-Worker von VAJA sagen dazu: „ENTWEDER – ODER ? NICHT MIT UNS ! ... (Raum-) Kooperationen mit Jugendhäusern sind ein wichtiger Baustein für aufsuchende Jugendarbeit!“ Die Street-Worker fordern den Erhalt der räumlichen Einrichtungen. Kontinuität und Beziehungsarbeit - ein Kernelement wirkungsvoller, niedrigschwelliger, offener Jugendarbeit - geht nur in gesicherten räumlichen Verhältnissen.

Zweiter TRICK: Es gäbe angeblich zu viele Freizeitheime in jedem Stadtteil. (In vielen Stadtteilen könnten aus Zwei - Eins gemacht werden, denn moderne Kinder- und Jugendliche wären ja viel „mobiler“ und „flexibler“. „Parallelitäten“ oder „Doppelungen“ sollten vermieden werden, Wissenschaftler hätten den „Sozialraum“ entdeckt und es wäre ganz innovativ, nun die „Bündelung von Einrichtungen in den Quartieren“ zu fordern. Man könnte doch z.B. Jugendliche und Alteinrichtungen in Bürgerhäusern zusammenfassen.) Glaubt diesen „neoliberalen Wunderheilern“ nicht. Waren es nicht die gleichen neoliberalen Propheten (1995-2007 große Koalition SPD/CDU),

- die auf Empfehlung der Roland Berger Unternehmensberatung ab 1995 Personal im öffentlichen Dienst und darunter in der Jugendarbeit abgebaut haben ?
- die die Privatisierung der ursprünglich kommunalen Freizeis ab 1999 (Umsetzung 2005-2007) vorangetrieben haben, auf deren Unterbietungs-Konkurrenz untereinander setzend ?
- die die Budgetdeckelung der Jugendförderung (minimale Erhöhung 2008) durchsetzten ?
- die das APK ("Anpassungskonzept" - Anpassung der Jugend an das Budget ?) als Innovation, als das Non-Plus Ultra gepriesen haben ?

Freizeis und Jugendhäuser wurden doch in den 1970-80er Jahren aus guten Gründen genau in dieser Anzahl über das Stadtgebiet verteilt ! Und der Bedarf ist angesichts steigender (über 30%) Kinder-/Jugendarmut in Bremen in den Wohnquartieren, wo diese Kinder leben, gestiegen, in den letzten Jahren kamen zudem noch ca. 3000 geflohene Jugendliche ohne Eltern und Kinder von Flüchtlingsfamilien in Bremen dazu, weshalb weitere Einrichtungen gebraucht werden und das nicht auf Kosten bestehender Freizeis sondern zusätzlich.

Dritter TRICK: Angeblich "besser" gestellte Stadtteile sollen den "schlechter" gestellten Stadtteilen Geld abgeben und innerhalb der Stadtteile sollen einige Orsteile einige Freizeis schließen, damit in anderen Ortsteilen Freizeis überhaupt entstehen können, solange das Budget gedeckelt ist. Das alles solle ganz partizipativ in den Beiräten und Jugendparlamenten verhandelt werden. (Es wäre gerechter, mehr für die „Benachteiligten-Stadtteile“ zu machen. Das wäre Teil des „Kampfes“ gegen die Kinderarmut in Bremen. Denn wer hat schon was dagegen, für die besonders benachteiligten Stadtteile mehr Jugendarbeit bereitzustellen ? Schließlich haben einige „ganz wertfreie“ Statistiker irgendwo in ihrem Kämmerlein die passenden „Sozialindikatoren“ ausgerechnet.) Natürlich sollte Jugendarbeit dort Schwerpunkte setzen, wo sie besonders gebraucht

wird. Natürlich sollte den steigenden Bedarfen in den besonders betroffenen Stadtteilen und Ortsteilen mit **zusätzlichen** Geldern und Angeboten mithilfe einer guten landesweiten **und** kleinräumigen Jugendhilfeplanung begegnet werden. Kleinräumig deshalb, weil es in sozialindikatorisch/statistisch "besseren" Stadtteilen durchaus Ortsteile mit sehr hohem Bedarf gibt, z.B. in Burg-Grambke und Marßel. Da der "wohlhabendere" Ortsteil St. Magnus ebenfalls zum Stadtteil Burg-Lesum gehört, errechnet sich mithilfe der ausnivellierenden Sozialindikatoren (stadtteilbezogen) eine langfristige Realkürzung in Marßel und Grambke, gerade dort wo es am Dringendsten gebraucht wird. So grassieren dann in den Beiräten und Jugendparlamenten endlose Streitereien unter den Betroffenen um den kleiner werdenden "Kuchen", die geschickt vom eigentlichen Verursacher ablenken: den von der Schuldenbremse diktierten Haushaltsbeschlüssen der Regierungskoalition auf Kosten der Bedarfe der Bremer Bevölkerung, besonders der durch Austeritätspolitik, Hartz IV und Agenda 2010 arm gemachten unter ihnen.

Für eine gute Bedarfserfassung müsste der §5 (Jugendhilfebericht) des bremischen Ausführungsgesetzes zum KJHG und der §80 (Jugendhilfeplanung) des SGB VIII endlich beachtet werden und zudem das im Dez. 2014 beschlossene Rahmenkonzept OJA ernst genommen werden. Die gesetzlich vorgeschriebene Jugendhilfeplanung und der umfassende, landesweite Jugendhilfebericht, 1 x Legislaturperiode, fehlt seit 24 Jahren (Ausnahme: zur Familienbildung/Häusern der Familie gab es 2001 einen thematisch sehr eingeschränkten). Schließlich würde die offizielle Benennung der Bedarfe auch in die gesetzliche Gewährleistungs-Verpflichtung einmünden, Jugendarbeit für diese Bedarfe ausreichend und qualitativen Standards genügend bereitzustellen. Seit 20 Jahren sinkt der prozentuale Anteil der Jugendförderung (die Kämmerer nennen es "Zuwendungsbereich" oder noch schlimmer "Freiwillige Leistungen") am gesamten Kinder- und Jugendhilfetopf auf erbärmliche 3.5 %. Die Grünen forderten noch 2001 in der Sozialdeputation, damals in der Opposition, einen Anteil von 10%.

Vierter TRICK: Viele Jugendhäuser würden gar nicht mehr genutzt, ständen oft leer und hätten zu selten geöffnet. Fast schon hinterhältig, so zu argumentieren, denn all die beschriebenen Missstände sind ja überwiegend die Folge chronischer Unterfinanzierung seit 4 Legislaturperioden seitens eben jener Politiker*innen selbst, die regelmäßig einen Kotau vor dem Finanzressort machen. Dort lautet die Devise: Wirtschaft (Space-Park ?!) und die private Jacobs-University fördern mit Millionen und Schuldenbremse einhalten durch Kürzungen in der Jugendförderung. Folge: bewusst geplante Strangulierung und Austrocknung, inzwischen auch amtlich bestätigt mit der Antwort des Senats auf die große Anfrage der Linken zu den Folgen von Privatisierung und Budgetdeckelung der letzten 10 Jahren. [link](#) . Den privatisierten Jugendhäusern steht nach 14 Jahren Budgetdeckelung (kleine nominale Erhöhung 2008) das Wasser bis zum Hals und die Betreiber der Freizeits konnten gar nicht anders, als angesichts von schwindenden Ressourcen, Personal abzuziehen, tarifliche Bezahlung zu unterlaufen, Öffnungszeiten zu reduzieren, Fortbildung einzuschränken, Programmangebote zu kürzen, Qualität und Innovation zurückzustellen. Von den unsanierten Gebäuden mal ganz abgesehen, die als Querschnittsaufgabe in ganz andere Ressorts gehören.

Und wie umgehen mit den Jugendhaus-Immobilien der ehemals gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften (z.B. "Bremische"), die neoliberaler Privatisierung zum Opfer fielen und nun in der Hand von dubiosen Finanzinvestoren (jetzt "Vonovia", vorher "Deutsche Annington") gelandet sind ? Darunter auch die Immobilie des Freizeits "Fockengrund". Welche/r

Politiker erinnert diese nur auf Profit schielenden Investoren z.B. im Gebiet Alwin-Lonke Straße in Bremen-Grambke an alte soziale Verantwortlichkeiten und die seit Jahren ausstehende Sanierung (oder Neubau ?) der Jugendhaus-Immobilie ?

Fünfter TRICK: Nach dem Ausbau der Ganztagschulen hätten Kinder und Jugendliche angeblich gar keine Freizeit mehr. Wofür also Freizeitheime ? Außerdem könnten doch die Jugendangebote gleich nachmittags in den Schulräumen stattfinden und "moderne" Jugendarbeit zeichne sich durch enge Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe aus. Schließlich hätte Bremen auch fast 50 Schulsozialarbeiter finanziert, mehr Geld gäbe es nun nicht. - Kooperation mit der Schule seitens der Jugendhäuser und Jugendverbände findet ohnehin schon lange statt. Kooperation heißt aber nicht "Anhängsel sein". Und Jugendarbeit ist gerade von seinem außerschulischen Bildungsangebot geprägt. - Kinder und Jugendliche suchen nach „der Mühle“ des stressigen, leistungs- und notendominierten, durchstrukturierten und kontrollierten Schulalltags gerade AUSSERSCHULISCHE RÄUME und Bildungsangebote mit FREI-RÄUMEN, wo sie chillen können und/oder selbständig und eigenverantwortlich und politisch unabhängig gestalten können. Das haben auch die aktuelleren Umfagen unter Jugendlichen im Vorfeld der Erarbeitung der neuen Rahmekonzeption OJA ergeben. Und: Schulzeiten gehen ja zum Wohle der Jugend glücklicherweise nicht bis in den Abend, Wochenende und in die Ferien. Die besonderen Kompetenzen der OKJA (Offene Kinder- und Jugendarbeit) erwachsen aus ihren **Arbeitsprinzipien der Offenheit, der Freiwilligkeit und Niedrigschwelligkeit**, ihrer Lebenswelt- und Alltagsorientierung, dem Aufgreifen sozialer Vielfalt, ihrer Ganzheitlichkeit, Wertschätzung und Partizipation sowie der Gewährleistung des Vertrauensschutzes. Diese aus guten fachlichen Gründen bewusst im KJHG gesetzlich fixierten Arbeitsprinzipien sind nicht einfach in beliebige vom Bildungsressort dominierte Kooperationen in Ganztagschulen überführbar. Ressourcen der kleinräumigen Sozialräume sind doch gerade en vogue, wo im Modellprojekt ESPQ in Walle großblumig (ohne Geld?) angekündigt.

Sechster Trick: Jugendliche sollten doch die Freizeis durch "Selbstöffnung" ohne Personal selbst betreiben, dass hätte vor 40 Jahren die Bewegung für selbstverwaltete Jugendzentren doch angeblich auch angestrebt. - Viele der selbstverwalteten Jugendzentren, die damals mit ehrenamtlichem Engagement (aus politischem Protest gespeist) gestartet wurden, sind verschwunden, weil eine **professionelle, verlässliche, verbindliche und langfristige** Arbeit fehlte. Es war allerdings die Geburtsstunde der offenen Jugendarbeit, wie sie Eingang ins KJHG von 1990 fand. - Wie soll ein ganzes Haus mit nur einer Vollzeitstelle (oder 2 halbe Stellen + Honorarstellen) „gewuppt“ werden ? Wie sollen so berechnete Urlaubsansprüche und Krankheitszeiten mit guter Vertretung gewährleistet werden ?

Mit der Propagierung von mehr „Selbstöffnung“ durch Jugendliche, also Ehrenamtlichkeit (nicht als Zusatz sondern) als Regelangebot, stiehlt sich die Stadt wieder aus ihrer gesetzlich vorgeschriebenen infrastrukturellen Gewährleistungsverpflichtung heraus und missbraucht das wünschenswerte **zusätzliche** Engagement junger Menschen für Aufgaben, die langfristig, professionell und verlässlich nur mit festangestelltem, tariflich entlohntem Personal zu gewährleisten sind, incl. einer fundierten fachlichen Ausbildung, sowie guter Fortbildung und Supervision . "Juleica" hin oder her - das war nicht der Ursprungsgedanke.

(Es gibt noch mehr Tricks, wir haben einige wichtige benannt.)

Bremen 2014

